

Rhein- und Lothar-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lothar-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Verteilungen können jederzeit erfolgen.

Kupferplatten finden im „Rhein- und Lothar-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden bei 6-gepaltenen Kompositplatten oder deren Raum mit 60 Pfg., die Restmenge mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Kartell. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäüller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 133

Nastätten, Donnerstag, den 10. November 1921

44. Jahrgang

Ernährung auf deutscher Scholle.

Von Landwirt Karl Hepp-Seelbach, Vorsitzender des Reichs-Landbundes, Mitglied des Reichstags und Reichswirtschaftsrats.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung als unvermeidliche Kriegswirkung ist zugleich der Schlüssel der Erzeugungsteigerung. Brachte der Krieg Düngegenot mit sich, so gilt es nunmehr, zu dem alten Erzeugungsgrundfay zurückzukehren: Ohne Bodendüngung keine Vollernte! Dem Boden ist die alte Kraft zurückzugeben; also mehr Düngemittel, namentlich mehr künstlichen Dünger! Eine solche Forderung stellen erwartet aber, dem Landwirt ihre Erfüllung auch zu ermöglichen, und erfüllbar wird sie erst, wenn sich der Landwirt den Preisen für künstliche Düngemittel anpassen kann. Erst die jüngsten Tage brachten ja eine neue erhebliche Steigerung der Kalipreise. Da wird freie Wirtschaft auch beim Getreide von selbst zur Voraussetzung; sie allein befähigt den Landwirt, dem hohen Risiko, das in der Anwendung künstlicher Düngemittel liegt, begegnen zu können. Das Risiko aber steigt ins Unerträgliche, wenn Steuerpläne wie die Schmidt'sche Zwangsgrundschuld mit ihrer entschädigungslosen Enteignung des privaten Grundeigentums ernsthaft zur Erörterung gestellt wird.

Was es bedeutet, dem Landwirt wieder die umfassende Anwendung des künstlichen Düngers zu ermöglichen, wird in städtischen Kreisen leicht unterschätzt. Dieses große Mittel soll ja nicht allein der Mehrezeugung von Brotgetreide und Kartoffeln dienen, sondern auch mehr und besseres Futter für unser Vieh schaffen; als mittelbarer Nutzen für den Verbraucher ergibt sich also mehr Fleisch und mehr Milch. Eng verknüpft mit dieser Frage ist aber auch die Intensivierung des Juckerrübenbaues, die Zukunft muß der Vergangenheit gleichen, in der Deutschland ein gewichtiges Juckerrübenland war.

Gewiß, der Dünger auch in stattlicher Fülle ist kein Allheilmittel. Die erwünschte und angestrebte Vermehrung des Schollenertrages bedingt unauflösbar auch eine bessere sachliche Schulung des heranwachsenden Landwirts. Schon die ländliche Volksschule muß künftig mehr in den Dienst des Fachunterrichts gestellt sein; der Landlehrer ist entsprechend vorzubilden. Weitere Sorgfalt hat den ländlichen Pflichtfortbildungsschulen zu gelten. Die Winterschule wirkt segensreich, ihr System ist auszubauen.

Man wird — zu Recht — einwenden, es werde auch bei gutem Willen lange Zeit verstreichen, ehe diese Mittel voll wirksam werden. Das bestreite ich nicht. Aber Hand in Hand mit diesen Einrichtungen auf weite Sicht sollen ja Maßnahmen gehen, die schnell wirken und auch ältere befruchten. Dierher gehören z. B. Beratungsstellen in jedem Kreis, besetzt mit Beamten, die namentlich in Düngung und Viehzucht aufs Beste ausgebildet sind. Vielleicht noch nachhaltiger in ihrem Nutzen sind die Beispielwirtschaften. Auch dem Ausbau des Genossenschaftswesens unter dem Gesichtspunkte der Vereinheitlichung gegenüber der augenblicklichen Zielgestaltigkeit und bei inniger Zusammenarbeit mit den freien landwirtschaftlichen Organisationen muß hohe Aufmerksamkeit zugewendet werden. Der Verlust deutschen Kulturlandes durch den Vertrag von Versailles rückt die Siedlung mehr denn je in den Vordergrund; schnell und zielbewußt muß die Kultivierung der Moore und Dehländereien mit Unterstützung der Länder und des Reiches, womöglich in Verbindung mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge, durchgeführt werden. Die Bedeutung der Siedlung wächst ja, wenn sie nicht nur unter dem Gesichtswinkel der Mehrerzeugung betrachtet wird, sondern unter dem noch höheren, daß das Land der Gesundbrunnen des ganzen Volkes ist.

Das Diktat von Versailles wurde bereits gestreift. Seine Revision kann zum Besten unserer Wirtschaft nicht oft genug gefordert werden. Daneben aber steht das Gebot, auch mit den Resten der Zwangswirtschaft aufzuräumen. Nur in wirtschaftlicher Freiheit ist eine Entwicklung der Erzeugung nach oben möglich.

Der Strich durch die Schulden.

An demselben Tage, an welchem der Reichsfinanzminister Hermes vor verammeltem Reichstage erklärte, daß auch die gewaltigen neuen deutschen Steuern nicht ausreichen würden, die Ultimatum-Verpflichtungen gegen die Entente zu erfüllen.

da wir ein Defizit von 110 Milliarden Mark haben, nahm eine kaufmännische Sachverständigen-Vereinigung in London einen Beschluß an, daß eine völlige oder teilweise Streichung der internationalen und deutschen Schulden erfolgen müsse, wenn eine wirtschaftliche Gesundung der Welt erfolgen solle. In Berlin und in London ist also die gleiche Anschauung. Wir sind am Ende, und die anderen sind auf dem Wege zu unüberwindlichen finanziellen und wirtschaftlichen Hindernissen.

Die Aufbringung der neuen deutschen Steuern ist vom Finanzminister unter Ausbietung aller Kräfte für möglich erachtet worden, aber es ist zweifelhaft, ob sich diese Hoffnung erfüllen wird. Bei der heutigen Markbewertung, die schon unter 2 Pfennige steht, ist an eine wirkliche Milderung der Steuerertrag nicht zu denken, zu den Reichsteuern kommen die gesteigerten Staats- und Kommunalsteuern und sonstigen Abgaben. Wie soll das alles ausgebracht werden? Geschäftsverdienst und Steuerertrag sind für die, welche sie haben, ein Ueberhang von der einen Hand in die andere, und die übrigen werden noch weniger zahlen können, denn sie haben nichts. Wie die großen Unternehmungen und die Kriegsgewinner sich zu allen diesen Lasten stellen, wird sich zu zeigen haben, aber es darf von vornherein nicht vergessen werden, daß großer Besitz und reiche Gewinne nur dadurch so bedeutend erscheinen, daß die Mark so geringen Wert hat. Aber, wie schon weiter vorn gesagt, wenn auch unvorhersehbar die neuen Steuern „voll und ganz“ aufgebracht werden sollten, nach den Erklärungen des Finanzministers wird das Geld doch nicht reichen.

Das Reich kann neue Schnellpressen zum Druck von Papiergeld aufstellen, aber das Resultat dieser gesteigerten Banknoten-Produktion wird kein anderes sein, als daß eine Verbilligung der Lebensmittel und Verbrauchsartikel in nebelartige Fernen rückt, und daß durch fortwährend gesteigerte Ausgaben unser Finanzwesen total unkontrollierbar wird.

Wir möchten nicht der Anschauung beipflichten, daß wir dem trostlosen Finanzschicksal von Deutsch-Oesterreich verfallen sind. Deutschland mit seinen 60 Millionen Bewohnern steht doch anders da und hat ein kräftigeres Rückgrat, als Deutsch-Oesterreich mit seinen 6 Millionen Seelen, dessen kleines Gebiet zum erheblichen Teil unfruchtbares Alpenland ist. Die geplanten Kreditentleihen können nur einen Aufschub bedeuten, und auch die Sachlieferungen an die Ententestaaten beseitigen die Schwierigkeiten nicht. Sie gestatten nur ein vorübergehendes Aufatmen. Ebenso bietet die Steueraktion gegen den Besitz keine Rettung, denn die Fortsteuerung des Nationalvermögens vernichtet den letzten Rest unserer Hoffnungen.

Wirklich helfen kann nur ein Strich durch unsere Schulden. Wohl leben hervorragende Wirtschaftskenner in den Ententeländern ein, daß die Streichung der großen internationalen Schulden zur Gesundung der ganzen Welt notwendig ist, sie ziehen aber die Konsequenz nur für die Schulden der eigenen Länder. In dieser Hinsicht haben schon Verhandlungen zwischen London und Washington begonnen. So lange man aber nicht diese Konsequenzen auch auf Deutschland ausdehnt, ist keine Besserung zu erwarten, für uns nicht und ebensowenig für die Weltwirtschaft. Das oberste und einzige Ziel der deutschen Politik muß sein, dieses Erkenntnis in der ganzen Welt zu verbreiten, und mit allen Mitteln, die ihr verblieben sind, zu erreichen, daß die Folgerungen aus ihr gezogen werden. Mit anderen Worten, unser einziges Ziel ist und muß sein die Revision des Versailleser Vertrages. So lange der Vertrag in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, ist eine Gesundung nicht nur der deutschen, sondern auch der Weltwirtschaft vollkommen unmöglich.

Die Kreditbereitschaft der Industrie.

Die Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einer eigens zu diesem Zwecke nach Berlin einberufenen Mitgliederversammlung folgende, von Hugo Stinnes vorgeschlagene Entschlieung angenommen: Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit der Kreditbereitschaft amnestien zu ernennen.

gängen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reichs für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß gleichzeitig Klarheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten.

Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen.

Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit an unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Der Annahme dieser Entschlieung war eine mehr als sechsstündige, außerordentlich lebhaft abgehaltene Debatte vorhergegangen. Aus der Mitte der sehr stark besuchten Versammlung heraus kam eine sehr starke Opposition unter Führung der bekannten Industriellen Abg. Hugenberg und Dr. Eilversberg gegen die vom Präsidium vorgelegte Entschlieung, die nach Ansicht der Opposition die Bedingungen nicht deutlich genug formuliert hatte. Uebereinstimmend wurde in der Debatte betont, daß der Gesamtvertrag der Kreditation bestenfalls nur für die Ueberbrückung einer Galgenfrist ausreichen würde. Nachdem Reichsbankpräsident Havenstein in eingehenden Ausführungen, die nicht ohne Eindruck blieben, für die Kreditaktion eingetreten war, gelang es schließlich Hugo Stinnes in längerer Rede, die Annahme der von ihm vorgelegten Resolution durchzusetzen, die einerseits die Kreditbereitschaft der Industrie ausdrückt, andererseits den Wünschen der Opposition in schärferer Formulierung der Bedingungen entgegenkommt.

Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine Generalversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie damit befaßt werden soll.

Die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie nahm ferner eine Entschlieung an, in der sie einmütig ihre Unterstützung über die Abtrennung ober-schlesischer Industriegebiete vom Deutschen Reich ausdrückt. Dieser Gewaltakt — so heißt es in der Resolution — heuchlerisch verhallt durch einen Schein des Rechtes, unterschlägt das Abstimmungsresultat, schafft eine unnatürliche und unhaltbare Grenze mitten durch das wirtschaftlich und politisch einheitliche Industriegebiet und fügt dem deutschen Wirtschaftsleben einen Schaden zu, der für Europa wirtschaftlich und politisch von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Eine solche Entschlieung kann vom deutschen Volke niemals als eine endgültige hingenommen werden.

Deutschland unter Kontrolle.

Die Reparationskommission kommt nach Berlin.

Die Reparationskommission reißt Dienstag von Paris nach Berlin ab, angeblich, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, ob die deutsche Regierung die von dem Garantiekomitee vorgeschriebenen Maßnahmen zur Ausführung der Verpflichtungen aus dem Ultimatum richtig durchführt.

Man glaubt in Paris allgemein, daß diese Reise mit dem Kurssturz der Mark zusammenhängt, der dort lebhaft Unruhe hervorruft. So schreibt der „Matin“ hierzu: Es stehe außer Zweifel, daß Deutschland sich anstrengt, Bankrott zu machen. Die Zeitung erklärt, daß sie bereits vor Wochen auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe und wirft der Reparationskommission vor, nicht die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen zu haben.

Ähnlich wie diese Äußerung des „Matin“ ist auch die Tendenz der Äußerungen der übrigen französischen Presse.

Man führt den Kurssturz der Mark auf Manipulationen der deutschen Regierung zurück, die sich durch den Bankrott ihren Verpflichtungen entziehen wolle! Man leitet aus der drohenden Valutakatastrophe nicht die Notwendigkeit zum heftigen Eingreifen her, sondern will sie zur weiteren Verflattung Deutschlands ausnützen, indem man die Einsetzung eines Konfursowalters fordert. Aber man zweifelt schon selbst daran, ob hier die anderen Verbündeten mitmachen würden. So schreibt der „Gaulois“, daß man, falls diese Maßnahme den Amerikanern oder Engländern als ein zu radikales Mittel erscheine, von diesen beiden Ländern Garantien für die deutschen Zahlungen zu fordern seien, worauf Frankreich bereit wäre, Deutschland Zahlungsverleichterungen zu bewilligen.

Die Einsicht, daß es ohne Zahlungsverleichterungen für Deutschland nicht mehr geht, ist also bereits sogar in Frankreich vorhanden, man will aber nicht die Konsequenzen daraus ziehen.

Loucheur für Sachleistungen.

Loucheur, der französische Wiederaufbauminiater, ist allerdings in der Erkenntnis schon weiter vorgedrungen. Er, bzw. seine Zeitung, das „Petit Journal“, tritt dafür ein, daß man mit dem System der Zahlungen in Gold vollkommen Schluss machen müsse und daß die weitere Regelung der Reparationsfrage lediglich nach den Grundfragen erfolgen soll, die durch das Wiesbadener Abkommen aufgestellt seien. Frankreich könne nur durch Naturalieferungen zu seinen Forderungen gelangen. Deutschland besitze ein unversehrtes Industriematerial, und der Wert eines Hauses oder einer Lokomotive werde immer derselbe bleiben.

Die neue preußische Regierung.

Die große Koalition. — Ministerpräsident Braun.

Nach langen Verhandlungen hatten sich Samstagabend die Fraktionen des Preussischen Landtages über die neue Regierung geeinigt. Gegen 9 Uhr abends wurde der Ministerpräsident gewählt, und zwar gab die Mehrheit, bestehend aus den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei ihre Stimmen dem Sozialdemokraten Otto Braun.

Zunächst hatte man sich am Sonnabend auf den Demokraten Deser geeinigt, in dessen Kabinett sollten dann die Sozialdemokraten Siering und Braun den Handels-, bzw. den Landwirtschaftsministerposten erhalten. Dagegen erhob aber in letzter Stunde die Deutsche Volkspartei Widerspruch, die auf keinen Fall diese beiden wichtigen Wirtschaftsministerien in sozialdemokratischer Hand sehen und dann schon eher einen Sozialdemokraten als Ministerpräsidenten annehmen wollten. Daraufhin verzichteten schließlich die Sozialdemokraten für Braun auf das Landwirtschaftsministerium, und man stellte ihn als Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft auf. Für das Handelsministerium wurde insofern ein Ausweg gefunden, als hier wieder ein Staatssekretariat geschaffen werden soll, das von der Deutschen Volkspartei besetzt werden soll. Die neue preussische Regierung erhielt daher folgende Zusammensetzung:

- Präsident Braun (Soz.),
- Inneres Severing (Soz.),
- Handel Siering (Soz.),
- Finanzen Dr. von Richter (D. Vp.),
- Kultus Dr. von Voelck (D. Vp.),
- Landwirtschaft Dr. Wendorf (Dem.),
- Justiz Dr. Am Behnhoff (Ztr.).

Das Volkswohlfahrtsministerium sollte Stegerwald vorbehalten bleiben, doch hat er jetzt endgültig verzichtet. Das Ministerium wird daher durch ein anderes Mitglied des Zentrums besetzt werden.

Die Landtagsitzung, in der die neue Regierung ihre Programmklärung abgab, ist auf Donnerstag festgesetzt worden.

Die neuen Männer.

Von der bisherigen Regierung ist nur Dr. Am Behnhoff, der Justizminister, in dem neuen Kabinett geblieben. Auch Braun und Severing sind keine neuen Männer mehr auf ihren Posten, sie waren ja die Hauptstützen des Kabinetts, das der Regierung Stegerwald vorherging. Der Sozialdemokrat Siering war eine Zeitlang parlamentarischer Beigeordneter im Handelsministerium, bis die Einrichtung der parlamentarischen Staatssekretäre und Beigeordneten aufgehoben wurde. Dr. Wendorf war nach der Revolution der erste

meritenburgische Ministerpräsident und mußte nach den Neuwahlen zum Schweizer Landtag zurücktreten. Er ist Landwirt von Beruf. Auch der neue Kultusminister Dr. Voellig ist Bachmann, er war bisher Gymnasialdirektor in Soest. Dr. von Richter, der jetzt das Finanzministerium übernimmt, ist ein alter Verwaltungsbeamter. Er war zuletzt Oberpräsident von Hannover, und mußte aus politischen Gründen in der Zeit nach dem Rapp-Butsch diesen Posten aufgeben. Sein Nachfolger wurde Koste, während er selbst Ministerkollege deselben Severina geworden ist, der ihn damals als Minister des Innern abgelöst hat.

Die Entthronung der Habsburger.

Annahme des Gesetzes im ungarischen Parlament.

Am Sonntag nahm die ungarische Nationalversammlung das Gesetz über den Verlust der Herrscherrechte des Königs Karl und über das Erbthum des Thronfolgers des Hauses Habsburg in dritter Lesung an. Damit ist das Gesetz in Kraft getreten.

Zum dritten Male ist somit das Haus Habsburg der ungarischen Krone für verlustig erklärt. Die erste Entthronung erfolgte im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts durch einen der Ahnen jenes Stephan Rakowsky, der jetzt der Einigungsministerpräsident König Karls gewesen ist, und der dafür gehängt wurde. Das zweite Mal erklärte das ungarische Parlament im Revolutionsjahre 1848 auf Antrag Kossuths das Haus Habsburg des ungarischen Thrones verlustig. Ungarn wurde dem damals eben auf den Thron gelangten Franz Joseph durch die Waffenhilfe des russischen Kaisers Nikolaus I. wiedergewonnen.

Damals hatte beide Male das ungarische Volk von sich aus den Thronverlust der Habsburger ausgesprochen, und das alte Herrschergeschlecht erlangte die Stephanstrone doch wieder. Diesmal aber sind die Ungarn selbst Gegner ihres eigenen Gesetzes, das sie nur auf Grund äußerer Zwanges erlassen haben. Sie selbst sind in ihrer Mehrheit habsburgisch gesinnt. Kann man unter solchen Umständen dem Gesetz lange Dauer prophezeien?

Kaiser Karl in Galatza.

Karl und Rita von Habsburg sind mit dem Sonderzug von Orsova nach Galatza abgereist. Sie werden unverzüglich auf das englische Kriegsschiff „Cardiff“ gebracht werden. Die Reise zu Lande hat ihren Grund in dem niedrigen Wasserstande der Donau. Englische Polizeibeamte haben die Bewachung übernommen. Der Kreuzer „Cardiff“ wird von vier rumänischen Torpedobooten begleitet werden.

Auslandspferde für Reparationszwecke.

Nach einer Meldung der „Ebingger Zeitung“ vom 6. Oktober 1921 ist in Stettin ein Dampfer mit Pferden aus Finnland für Heereszwecke nach Polen eingelaufen. Es handelt sich um Pferde, welche Deutschland laut Friedensvertrag zu liefern verpflichtet ist. Aus Ostpreußen laufen aus diesem Anlaß Beschwerden darüber ein, daß die deutsche Regierung Pferde im Auslande kauft und damit zur Verschlechterung unserer Valuta beiträgt, während in Ostpreußen seit zwei Jahren Ueberfluß an Pferden in jeder Art und Qualität und für jeden Zweck vorhanden ist. Der Reichs-Landbund hat daraufhin beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft angefragt, ob zur Erfüllung des Friedensvertrages von Seiten des Reiches tatsächlich Pferdeankäufe im Auslande getätigt worden sind.

Zur Besteuerung der Landwirtschaft.

Der Steuer-Ausschuß des Reichs-Landbundes hat am 25. Oktober unter Anwesenheit von Vertretern der parlamentarischen Körperschaften und anderen landwirtschaftlichen Organisationen getagt. Die Tagung hatte folgendes Ergebnis:

Trotz der in einigen Punkten gegenständlichen Stellungnahme des Reichsrats muß der Reichs-Landbund an den bisher für die Vermögenssteuer-Gesetzentwürfe des Reiches erhobenen Forderungen festhalten; er steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß von der Landwirtschaft nur eine Besteuerung nach dem Ertragswerte des Grund und Bodens getragen werden kann, und daß somit die Bestimmungen des Absatzes 2 bis 6 des § 152 der Reichsabgabenordnung aufrechterhalten bleiben müssen. Ferner hält es der Reichs-Landbund für unbedingt notwendig, daß die Gesetze selbst feste Normen über die Wertbemessung enthalten. Er erklärt sich also in gleicher Weise wie der Reichswirtschaftsrat, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft und die preussische Haupt-Landwirtschaftskammer gegen die Uebertragung einer außerordentlichen Vollmacht durch das Gesetz an den Reichsfinanzminister zur Festsetzung der Wertbemessung für die Steuerobjekte.

In dem von der Preussischen Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen erblickt der Reichs-Landbund seinem materiellen Inhalt nach weniger eine Steuer vom Ertrage des Grund und Bodens,

als vielmehr eine Vermögenssteuer, bei der unbedingt Schulden und Lasten abzugsfähig sein müssen. Demgegenüber ist aber die Rückkehr zur reinen Ertragssteuer, also zur Objektsteuer, für die Länder zu fordern, bei der zwar die auf dem Objekt ruhenden Schulden und Lasten nicht berücksichtigt werden, aber auch eine geforderte Heranziehung der Betriebsmittel neben dem Grund und Boden unterbleiben muß. Abzulehnen ist ferner die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Art der Wertfestsetzung für den Grund und Boden. Die vorgesehene Belastung der Grundstücke mit dem Dreifachen des Ergänzungswertes für die Veranlagungsperiode 1917-19 stellt eine Vorausnahme der Wertung des Grundvermögens durch einen einzelnen Staat dar. Es muß demgegenüber gefordert werden, daß die Wertung der Vermögen im Reiche und in den Ländern gleichmäßig stattfindet, und daß die vom Produktionsvermögen zu tragenden Lasten seiner Leistungsfähigkeit entsprechend auf Reich, Länder und Gemeinden verteilt werden. Aus diesem Grunde muß auch die Festsetzung einer oberen Grenze für die von den Gemeinden zu erhebenden Abgaben vom Grundvermögen verlangt werden.

Wohngenossenschaften.

Sozialisierungsbestrebungen im Wohnungswesen.

Die Sozialisierungsbewegung hat sich neuerdings ein Feld ausgesucht, das man eigentlich für wenig geeignet für ihre Tätigkeit halten sollte, nämlich das Wohnungswesen und den Hausbesitz. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens aufgestellt und dem Reichstage eingebracht. Die Unterkommission des Wohnungsausschusses des Reichstages hat dann zwar nicht diesen Gesetzentwurf, wohl aber einen ihm nahe verwandten des Stadtrates Hofmann, Leipzig, Vorstand des dortigen Siedlungsamtes, dem Wohnungsausschuß zur Beratung empfohlen. Die Dinge sind also über die rein theoretisch-akademische Stufe bereits hinausgediehen.

Der Inhalt dieser Bestrebungen, wie er sich vor allem nach dem Hofmannschen Gesetzentwurf darstellt, läuft darauf hinaus, daß, von gewissen Ausnahmen abgesehen, bei dem gesamten, über das eigentliche Kleinhaus hinausgehenden Hausbesitz die Hausbesitzer zwar das Eigentum ihrer Häuser behalten, Bewirtschaftung und Verwaltung aber an große „Wohngenossenschaften“ übergehen sollen, in denen jeweils etwa bis zu 3000 Wohnungen vereinigt werden würden. Die Inhaber der betreffenden Mietwohnungen und die Eigentümer dieser Häuser würden diesen Genossenschaften zwangsweise angehören. Man würde also in Zukunft nicht mehr bei Herrn Schmidt oder Herrn Müller, sondern bei der Wohngenossenschaft X oder Y zur Miete wohnen. Die verstreuten Wohngenossenschaften einer Stadt sollen zu einem „Wohnverband“ vereinigt werden. Dieser deckt sich räumlich mit der „Siedlungsgemeinde“ und dieser fällt die weitere Aufgabe zu, für die Neuherstellung der nötigen Wohnungen zu sorgen. In dem entfällt gegenüber diesen weitreichenden Plänen wenigstens der Hofmannsche Entwurf andererseits doch die Einschränkung, daß die ganze Sache nicht mit einem Schlage im ganzen Lande eingeführt, sondern die einzelnen Gemeinden nur zu einer solchen Neuordnung ermächtigt werden sollen.

Die Beschwörter dieser Pläne versprechen sich von ihrer Durchführung außerordentliche Vorteile: Ersparnis an Hypothekenzinsen, Verwaltungskosten usw., eine sozialere und gerechtere Gestaltung des Mietverhältnisses und vor allem auch die Ermöglichung der sonstigen im Wohnungswesen erforderlichen Reformen, für die so zu schaffenden großen Organisationen als Werkzeuge die Durchführung benutzt werden sollen. Wer aber nicht von vornherein von sozialistischen Vorstellungen eingenommen ist, wird diesen Verheißungen nicht allzuviel Wert beimessen. Er wird sich vielmehr fragen, daß die in Aussicht gestellten Vorteile höchst ungewiß, eine Fülle von Kosten, von Schwierigkeiten und Streitigkeiten sowie auch eine schwere Schädigung Hunderttausender von Mittelstandsklassen aber gewiß oder doch höchst wahrscheinlich sind. Große Reformen in unserem Wohnungs- und Siedlungswesen sind nach jetzt fast allerseits geteilter Ueberzeugung dringend notwendig, aber es ist schwerlich der richtige Weg, damit beim Hausbesitz und der Hausverwaltung zu beginnen, vielmehr dürften die Bodenfrage, die Reform der Bauartigkeit und des Realcreditwesens und der Ausgleich zwischen den Mieten in den alten und den neuen Häusern die richtigen Angriffspunkte sein. Vor allem aber ist gegen jeden etwaigen Versuch Widerspruch zu erheben, diese ungemiein schwierigen und verwickelten Dinge nach parteipolitischen und parteitaktischen Gesichtspunkten statt nach rein sachlichen zu behandeln, und es ist deshalb besonders erfreulich, daß auch der langjährige Vorkämpfer einer gründlichen Wohnungsreform, der Deutsche Verein für Wohnungsreform, sich gleichfalls mit Entschiedenheit auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Schutz gegen Verbrechen auf dem Lande.

Von Kreisrat Frhr. v. Ledebur-Perlin. Die wirtschaftliche Not und die traurigen politischen Verhältnisse, in denen wir leben, haben bewirkt, daß die Bewohner der kleinen Städte und des Landes ihre Kennt-

nis vom Treiben des Berufsverbrechens nicht mehr aus schlechten Kriminalromanen zu schöpfen brauchen, sondern sie haben deren able Betätigung am eigenen Leibe und Eigentum gar oft zu spüren bekommen. Man braucht nur einmal einen kleinen Teil der Provinzpresse zu studieren, um zu erfahren, wie Mord, Raub, Einbruch, besonders aber der Felddiebstahl in einer Weise zugenommen haben, wie man dies in früheren Jahren nicht gekannt hat. An eine Besserung von innen heraus durch irgendwelche Maßnahmen, an eine Verminderung der verbrecherischen Individuen oder eine Zurückführung der Entgelten in geordnete Bahnen ist nicht zu denken. Für jeden, der sein Leben, seine Gesundheit und sein Eigentum schützen will, gilt es, klar und ruhig der Gefahr ins Auge zu sehen und auf Abwehrmittel zu sinnen.

Der gewerbmäßige Verbrecher hat seine Schutzwinkel in der Großstadt, wo er unter Seinesgleichen untertaucht. Von hier aus sucht er das Land heim. Deshalb sind die Orte, die in der Nähe der Großstadt oder Industriestadt liegen, am meisten bedroht. Seitdem das Automobil ein Verkehrsvermittel geworden ist, benützt es auch der Verbrecher mit Vorliebe. Es macht ihn beweglich und unabhängig, seine Ueberwachung ist schwerer durchzuführen als bei Benutzung der Eisenbahn, die Verfolgung ist oft schwierig bei Ermangelung gleichartiger Verfolgungsmittel.

Die Schutzmaßnahmen gegen das Verbrechertum müssen persönlicher, technischer und organisatorischer Natur sein. Das Vorhandene reicht nicht aus, neue Wege müssen beschritten werden. Der Staat ist angefangen der politischen und finanziellen Zwangslage, in die er durch den Vertrag von Versailles geraten ist, nicht in der Lage, ausreichende Abhilfe zu schaffen. Die Abwehr des Verbrechertums muß das Landvolk in eigene Hand nehmen.

Wenn man sich vor einer Gefahr schützen will, so muß man über Art und Wesen dieser Gefahr unterrichtet sein. Gerade unter der Landbevölkerung herrscht aber noch große Unkenntnis über das moderne Verbrechertum und die Sorglosigkeit der Bauern ist teilweise recht unzeitgemäß. Mehr Aufklärung seitens der Landjägerei wäre geboten. Auch die Lokalpresse sowie die Fachzeitschriften der Landwirtschaft müssen bei der Aufklärung helfen. Um dies zu erreichen, ist ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Landpolizei, Lokalpresse, Landratsämtern und Wohlfahrtsämtern erwünscht.

Hand in Hand mit der Aufklärung über das Verbrechertum muß die Einrichtung technischer Schutzvorrichtungen gehen. Unsere Industrie hat mit Erfolg den Kampf gegen die Einbrecher aufgenommen, und groß ist die Zahl der Fälle, in welchen durch das mögliche Erörnen von Alarmvorrichtungen der Verbrecher abgeschreckt worden ist. Der Verband der Kriminaltechniker in Charlottenburg, Dernburgstraße 39, gibt fachmännische Auskunft über mechanische und elektrische Sicherheitseinrichtungen, deren es so zahlreiche gibt, daß sie hier nicht aufgeführt werden können. Von größter Wichtigkeit ist ein größerer Ausbau des Fernsprechnetzes, sowie in dicht besiedelten und mit Industrie durchsetzten Gebieten die Einführung von Nachtdienst. Die amtlichen Sicherheitsorgane müssen sämtlich durch Fernruf erreichbar sein, ebenso die Amts- und Gemeindevorsteher.

Die wichtigste von allen Schutzmaßnahmen bleibt aber eine zweckentsprechende, den lokalen Verhältnissen angepaßte Organisation. Jedes politische Charakters entkleidet würde sie in Form einer Genossenschaft oder eines rein gewerblichen Unternehmens in Art der städtischen Nach- und Schließgesellschaften am ehesten in der Lage sein, die Lasten zu tragen, welche eine erhöhte Sicherheit gegen das Verbrechertum erfordert. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Behörden ist unbedingt notwendig. Ebenso notwendig ist ein Zusammenwirken von Groß- und Kleinbesitz unter Einfluß der in den Landkreisen befindlichen Industriellen. Wer soll nun den lokalen Anstoß geben, um eine Nach- und Schließgesellschaft ins Leben zu rufen? Die einflussreichsten Interessenvertretungen der Landwirtschaft im Reich, also der Reichs-Landbund und die Landbünde!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. November.

Beginn der großen Steuerdebatte.

Mit der heutigen Sitzung beginnt der Reichstag die große Debatte über die elf Steuergesetze. Zunächst begründet Abg. Dr. Edler v. Braun (Dnail.) eine mit der Beratung verbundene Interpellation über die Valutanoth. Er fordert Auskunft über das Programm der Regierung hinsichtlich der finanziellen Not. Wir werden, meint er, den Sturz der deutschen Valuta nicht aufhalten, wenn nicht im Innern Ordnung geschaffen wird, wenn nicht dadurch dem Auslande bewiesen wird, daß die deutsche Regierung nicht eine Bankrottspolitik betreibt, sondern den Wiederaufbau will.

Der Mehrheitssozialist Dr. Braun-Franken zeigt sich von der Programmrede des Reichsfinanzministers sehr enttäuscht. Er bezeichnet den Zustand, daß schon seit dem Mai das Finanzministerium in dieser Zeit der finanziellen Katastrophe nur im Nebenamt verwaltet wird, als einfach unerhört. Wir müssen eingestehen, erklärt er, daß wir vor dem Nichts stehen, oder einen Ausweg aus den Wirrnissen finden. Die Vorschläge des Ministers befriedigten in keiner Weise. Die Gesamtheit der Steuern erscheint ihm nicht annehmbar. Die Arbeiterkassette werde ihre Pflicht dem Staate

gegenüber tun, aber auch die Besitzenden müßten ihr Teil dazu beitragen. Sollte die Erfüllungspolitik keine Phrasen sein, so müßten wir zur Erfassung der Schwere kommen.

Abg. Herzold, der Senior des Senats, tritt für den Finanzminister ein. Wenn wir neue Lasten beschließen, erklärt er, müssen die Schulden des Reiches getilgt werden, sonst sinkt der Wert der Mark weiter. Die Steuern müssen so ausgebaut werden, daß sie unsere Wirtschaft nicht zu sehr beeinträchtigen. Der Anteil der Länder und Gemeinden reicht nicht mehr aus. Die Behörden müssen bei der Einschätzung gerechter vorgehen und dem Publikum gegenüber mehr Entgegenkommen zeigen. Die Staatlichen unsere Lasten nicht erfüllen können. Sehen wir alle Kraft ein, um zu erfüllen, soweit es möglich ist.

Der Redner der Bayerischen Volkspartei, Abg. Boehm, wendet sich gegen die Erfüllungspolitik. Es habe keinen Zweck, Zeit zu gewinnen, denn wir könnten ja doch nicht erfüllen. Leider hätten wir in der letzten Zeit nirgends weitsichtige Führer gehabt. Trotzdem kommen schon Stimmen der Vernunft aus dem Auslande. Warum hat da die Reichsregierung nicht endlich den Mut, den Gegnern den ganzen Umfang unserer Not zu zeigen? Wir steuern einem vollkommenen Weißbluten entgegen. Der Redner schildert das Valuta-Elend, das er als eine Folge des Friedensvertrages bezeichnet.

Auch der Demokrat Dietrich-Boden zeigt sich sehr pessimistisch. Der jetzige Weg unserer Finanzen führe uns in den Abgrund, Schuld trügen allein die Reparationsleistungen, die wir einfach nicht bezahlen könnten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt beschäftigt sich gleichfalls mit dem Valuta-Elend. Um die Entwicklung der Devisen günstiger zu gestalten, müßten wir mit der Einfuhr mehr zurückhalten, und die Ausfuhr stärken. Aber leider werden wir an allen Ecken und Enden durch das Eingreifen der Entente behindert. Er gibt hierzu eine Anzahl Einzelheiten. Zum Schluß kündigt er ein Gesetz an, wonach künftig das freie Börjenspiel besonders in Devisen nicht mehr zulässig sein soll. Er kommt dann noch auf den Beschluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu sprechen und tadelt, daß die Industrie ihre Kredithilfe von politischen Bedingungen abhängig machen will.

Der Abgeordnete Dr. Helfferich (Dnail.) berechnete das Reichsdefizit auf 182 Milliarden, die noch gedeckt werden müssen. Der Reichsregierung macht er den Vorwurf, daß sie bei der Entente nicht energisch genug gegen die außerordentlich hohen Belastungskosten protestiert habe. Die Beamtenliste müsse auf das unbedingt nötige Maß reduziert werden. Wenn nichts geschehe, komme man aus dem Sumpf nicht heraus. Redner protestiert dann scharf dagegen, daß das Wiesbadener Abkommen nicht dem Reichstag unterbreitet worden sei. Zum Schluß wendet sich der Redner mit Schärfe gegen die geplante Besteuerung der Schwere, was ihre Ueberlieferung an die Entente bedeuten würde. Er warnt vor der Schaffung einer Kreditwagnersorganisation. Dann vertagt man die Weiterberatung auf Dienstag.

Deutsches Reich.

Das neue württembergische Landeswappen stellt einen Schild dar, der von goldenen Hirchen gehalten wird. Das Wappen selbst besteht aus einem Schild mit vier Feldern, deren erstes und viertes drei liegende schwarze Hirschtangen in Gold, deren zweite und dritte je zwei schwarze und rote Querstreifen enthalten.

Eine Interpellation zur Kohlennot. Abgeordnete der Deutschen Volkspartei haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: „Infolge der Abgabe der Tributkohle, namentlich in Quantitätshöhe an Frankreich herrscht in Deutschland eine zunehmende und gefährdende Kohlennot, namentlich notwendig soll sein die Versorgung der Eisenbahn, die im unbefestigten Gebiet nur über unzureichende Vorräte verfügen soll, die Versorgung der Seeschiffe mit Bunkerkohle und ebenso die Industrie, wodurch sowohl die Bautätigkeit als auch der Exporthandel in Gefahr gerät. Treffen diese Nachrichten zu? Ist die Versorgung der Gasanstalten, der Elektrizitätswerke sowie der Bedarf an Hausbrandkohle für den Winter sichergestellt?“

Neuwahlen in der Angestelltenversicherung. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, werden in Kürze die Neuwahlen der in den Ehrenämtern der Angestelltenversicherung tätigen Personen stattfinden. Die einschlägigen Bestimmungen sind unverändert geblieben. Zum allgemeinen Wahlrecht ist der Präsident des Landeschiedsgerichts für Angestelltenversicherung, Professor Dr. Laß in Berlin, bestellt. Das Nähere bezüglich der Neuwahlen werden die Regierungen der einzelnen Länder bestimmen.

Dortens wird pessimistisch. Die Rheinische Zeitung schreibt: Dieser Tage sind in der stähler Besatzung eine Versammlung der Kölner Rheinlandbündler statt, zu der Dr. Dortens aus Wiesbaden persönlich erschienen war. Dr. Dortens gab an, daß seine separatistischen Pläne gescheitert sind. Seine Ausführungen waren von starkem Pessimismus getragen.

Polens Absichten auf Gleiwitz. Am 2. November tagte in Kattowitz eine polnische Versammlung, zu der die polnisch gesinnten Gemeindevorsteher, Bürgermeister und sonstige Führer der Polen

Vermischtes.

Ein Eid vor der Hochzeit. Der Bischof von Mottenburg hat einen Erlaß über die Einführung des Eides...

Eine brennende Erdgasquelle wurde, wie aus Kiel gemeldet wird, auf dem Gelände eines Weingroßhändlers in Russee entdeckt.

Die Unschärfe in Oberschlesien. Ein schwerer Postraub wurde am Sonnabend am Postamt Schoppinitz verübt.

Kommunisierung in Theorie und Praxis. Zwei südslawische Kommunisten, die früheren Abgeordneten Millic und Malovic, wurden in Wien verhaftet.

Kasernenbrand in Budapest. In der Budapest-Kaserne brach Samstag Nacht ein Brand aus.

Sturmschäden in Düsseldorf. Durch einen orkanartigen Sturm wurde in Düsseldorf großer Sachschaden verursacht.

Auch aus anderen westdeutschen Städten kommen Meldungen von verheerenden Stürmen. Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. hat das Unwetter dort zahlreiche Schäden an Dächern verursacht.

Fliegersturz. Infolge Verfallens des Fallschirms stürzte in Rom bei einer Flugvorstellung ein früherer Fliegeroffizier aus 800 Meter Höhe ab.

Schweres Schiffsunglück im Hamburger Hafen. Der 20 000 Tonnen große amerikanische Dampfer „Mount Clinton“ stieß bei seiner Ausfahrt mit der Altonaer Dampfschiffbrücke zusammen.

Schweres Explosionsunglück in Harburg. Auf den Harburger Eisen- und Bronzewerken explodierte auf bisher unauferklärte Weise ein Acetylenapparat.

Niesenbrand im Neuperker Hofen. Die vier Piers, A, B, C und D, ferner der Pier der Standard Oil Company und das Erie-Messflagerhaus im Neuperker Hofen wurden durch ein Großfeuer zerstört.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am:

wurden. Die bis jetzt festgestellten Verluste werden über drei Millionen Dollar geschätzt.

Trotsky als Großindustrieller. Aus Moskau wird gemeldet, daß Trotsky sich mit 200 Millionen Sowjet-Rubeln an einer großen industriellen Gesellschaft beteiligt hat.

Morgenbesuch am Stubensfenster. Im Feld und Wald ist es wieder leer und lach geworden, der Umzug der Vogelwelt hat seinen Anfang genommen.

Handel und Verkehr.

Drahtloser Wirtschaftsrundfunkdienst. Die bekannte Eigenschaft der drahtlosen Telegraphie, daß von einer Funkstation aus eine gleichzeitige Nachrichtenübermittlung an eine beliebige große Zahl von Funkempfangsstellen verbreitet werden können, soll im Bereich der Reichspostverwaltung für eine neue Verkehrseinrichtung benutzt werden.

Auch die Zigarren werden teurer. Nachdem bereits die Zigaretten- und Tabakpreise gelegentlich des Inflationens der erhöhten Tabaksteuer erheblich verteuert worden sind, folgen ihnen jetzt die Zigarren nach.

Deutschlands Ausverkauf. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat der Interalliierten Rheinlandkommission eine Verordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vorgelegt, welche an Stelle der bisherigen Verordnung über Kleinhandelsverkauf an Ausländer treten soll.

„Sie wollen nach Deutschland reisen? Nicht nötig!“

Wir sind dort schon vor Ihnen gewesen! Bei dem niedrigen Stand der deutschen Mark ist es uns gelungen, für ca. 10 Millionen Mark Waren einzukaufen.

verkauften und das holländische Geld zum Tageskurs der Mark berechnen. Sie können diese Woche also mit Mark zahlen.“

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am:

Table with exchange rates for various currencies: 100 holl. Gelden, 100 belg. Franken, 100 dän. Kronen, etc.

Teil der Radfahrer mit rasender Geschwindigkeit auf den Landstraßen und in den Straßen unserer Stadt dahinjaulen.

Der Papierpreis ist nach Mitteilung des Syndikats mit sofortiger Wirkung um nur 40 pCt. erhöht worden.

Miehlen, 9. Nov. Am Sonntag, den 13. November, hält der Männergesangverein in seinem Vereinslokal Gasthaus „Zum Schwanen“ seinen bekannten Novemberball ab.

Singhofen, 5. Nov. Bei der heute hier abgehaltenen Treibjagd wurden 9 Füchse und 1 Hase geschossen.

St. Goarshausen, 9. Nov. Nachdem infolge des Krieges und der damit verbundenen Zwangsberufung die Viehmärkte nicht mehr abgehalten wurden, findet der früher so beliebte Novembermarkt statt.

Bingen, 7. Nov. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist ein Algerier, der in Viehtrieb garnisoniert ist und sich urlaubsshalber hier aufhielt, aus bis jetzt noch unbekannter Ursache mit fremden Personen in Streit geraten.

Wiesbaden, 8. Nov. Am Montag morgen wurde ein schwerhöriger Privatier von hier in der Dohheimstraße von einem Privatauto überfahren.

Georgenborn, 7. Nov. Das bekannte, in der Nähe von Schlagenbad gelegene Schloß Hohenbuchau ist von dem Besitzer, Baron von Kraustopf, mit der ganzen Einrichtung an die Familie des ehemaligen Oberpräsidenten Wenzel verkauft worden.

Hüttersdorf, 6. Nov. Bei einem hiesigen Einwohner verschwanden vier Gänse. Eines schönen Morgens kehrten von diesen drei zurück.

Höchst, 7. Nov. In der letzten Stadtverordnetenversammlung teilte ein Stadtverordneter mit, daß durch den Bahnhof Höchst Waggons auf Waggons, alle mit Kartoffeln beladen, nach dem Bahnhof Türkismühle rollten.

Diez, 8. Nov. Am Samstag abend konnte die Polizei in einem hiesigen Restaurant ein Diebesparchen festnehmen. Dasselbe war am Freitag abend nach Limburg gekommen.

Vilmars, 8. Nov. Als der Förster Schmidt seine Jagstute entladen wollte, entlud sich diese plötzlich. Die ganze Ladung brang dem im Raume anwesenden 80-jährigen Brahm in den Bauch, so daß der Tod nach wenigen Augenblicken eintrat.

Montabaur, 9. Nov. Um die hiesige Bürgermeisterstelle bewerben sich nicht weniger als 77 Kandidaten.

aus dem Kreise Gleiwitz sowie Vertreter der polnischen Regierung erschienen waren. Die Versammlung befahte sich damit, wie man den Kreis Gleiwitz trotz der Grenzfestlegung zu Polen schlagen könne.

In einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Ausschusses und des polnischen Volksrats wandte sich der englische Oberst Williams gegen die jetzt weit verbreitete Ansicht, daß man durch Bittschriften an die Interalliierte Kommission oder die Grenzfestlegungskommission noch eine Veränderung der Grenze erreichen könne.

Die amerikanischen Truppen am Rhein. Wie die Koblenzer „Americ. News“ aus Paris mitteilen, hat General Allen, der zur Konferenz über die Festlegung der Verlehnungslinie nach dort gereist ist, erklärt, daß eine Verkleinerung der von den amerikanischen Truppen am Rhein besetzten Zone trotz der Verringerung der Truppenstärke nicht stattfindet.

Aufnahmeverbot belgischer Kinder in deutsche Schulen. Laut Ministerialerlaß werden Kinder belgischer Nationalität bis auf weiteres nicht mehr in deutsche Schulen aufgenommen.

Der Reichswehrminister Dr. Oetker hatte in Dresden Besprechungen mit dem sächsischen Ministerpräsidenten über schwebende Angelegenheiten seines Resorts.

Die Vereine „Brüder vom Stein“ und „Silberner Schild“ in Leipzig, über die der Minister Lipinski kürzlich im sächsischen Landtage Aufsehen erregende Entschlüsse machte, sind aufgelöst worden.

Der bisherige englische Oberkommissar in der Rheinlandkommission, Mr. Robertson, wird Koblenz verlassen. An seine Stelle soll der bisherige Vorkontrollrat bei der englischen Botschaft in Berlin, Lord Kilmarnock, treten.

In der württembergischen Regierung ist die Sozialdemokratie von jetzt ab wieder vertreten. Abg. Uell hat das Arbeits- und Ernährungsministerium übernommen.

Ausland.

Österreichs Lebensmittelversorgung sichert. In der Sitzung des österreichischen Nationalrats brachte die Bundesregierung das Budget für 1922 ein, das ein Defizit von ungefähr 150 Milliarden Kronen aufweist.

Ein vom 4. November datierter französischer Regierungserlaß bestimmt, daß die frühere deutsche Luftschiff „Nordstern“ künftig in „Mediterrance“ heißen soll.

Heimatisches.

Rastätten, 9. November 1921.

Berichtigung. Der Novembermarkt findet nicht, wie in der Bekanntmachung angegeben, am 16., sondern erst am 23. ds. Mts. statt.

Zmker-Versammlung. Am nächsten Sonntag, den 13. ds. Mts., nachmittags ab 3 Uhr wird die Bienenzüchter-Sektion in Rastätten im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ ihre Herbstversammlung abhalten.

Wilde Rabler. Ohne jede Rücksichtnahme auf die Witwen steht man heute einen großen

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Marill.

Die kleinen Pfarrkinder blickten denn auch verschüchtert nach dem stummen, ersten Tischgast hinüber; das lustige Geklapper der Tassen und Gabeln klang gemächlicher, und die allzeit rührigen Mäulchen schwiegen gedrückt und verlegen.

Der Pfarrer ehrte Juttas „tiele, wortlose Trauer“, er beugnete ihr um deren willen mit erhöhter Achtung und Rücksicht; der Blick einer Frau und Mutter dagegen ist schärfer — die Pfarrerin sah oft prüfend von ihrem Teller auf — das war nicht Seelenschmerz, was den Blick der jungen Dame eifrig kalt und teilnahmslos über die doch gewiß unwiderstehliche Lieblichkeit der kleinen, blonden Liebliche hingelenkt; die „Stille, wortlose Trauer“ stieß auch bang und scheu jedes lautere Geräusch — Jutta aber hatte bereits ihre Klavierübungen wieder ausgenommen und „raste“ oft Stundenlang über die Tasten. Indeß, der echte, brave Frauencharakter sucht stets nach einem Entschuldigungsgrund für mißfällige Wahrnehmungen an eigenen Geschlecht, und demgemäß folgerte die Pfarrerin, Jutta sei verzehnter Weise verstimmt, weil sie den Bräutigam fast gar nicht sehen durfte. Der junge Bertold schwebte noch zwischen Leben und Tod, und wenn auch Sievert die Pflege mit übernommen hatte und Tag und Nacht nicht aus dem Stüttenhause wich, so hielt doch die Besorgnis, den Anstichungsstoff weiter zu tragen, den Stüttenmeister vor häufigen Besuchen in der Pfarre zurück.

Dagegen suchte Frau von Herbed in Begleitung des grässlichen Kindes fast täglich die Trauernde in der Eckstube auf. Im unteren Stockwerk lehrte sie nie ein, aber sie erlaubte der kleinen Gisela, wenn auch nur für Augenblicke, hier und da in die Kinderstube zu gehen, während sie in unerwünschter Plauderei bis zur inbrechenden Nacht bei Jutta saß.

Nun war der heilige Abend da. Es war sehr kalt. Trotzdem war Frau von Herbed mit der kleinen Gräfin in die Pfarre gekommen — Gisela wollte den Christbaum brennen sehen; der ihrige sollte erst am morgenden Feiertag angezündet werden.

Im kleinen eisernen Ofen des Eckstübchens trommelte und brauste ein wohlunterhaltenes Feuer. Noch brannte kein Licht. Aus dem Zugloch und der schlechtverschlossenen Tür des Ofens koch ein intensiver Glutschein und hauchte rötliche Einten auf das elegante Klavier und das weiße

Kleidgewand des darüber hängenden mittleren Bildes.

Die kleine Gisela kniete auf einem Stuhl am Fenster. Einstweilen beugte sie sich, einen hungrigen Nabel zu beobachten, der auf einem nahen Birnbaum umherkriechte und mit seinen schwarzen, hängenden Fäden ganze Schneeladungen von den Ästen stieß. Die Kleine mit dem tiefnachdenklichen Blick hörte demnach sicher nicht ein Wort von dem Geklapper der beiden Damen, die hinter ihr auf dem Sofa saßen.

Frau von Herbed hatte den Arm um Juttas seine Taille gelegt. Die Dame war trotz ihrer ziemlich vorgeschrittenen Jahre noch sehr hübsch, kerngesund und rosig frisch, und die großen, ein wenig vorstehenden Augen konnten in gequälten Momenten auch wieder so ernsthaft und ehrenhaft dreinschauen, daß das öffentliche Urteil diese Frau einstimmig schön, respektabel und sehr liebenswürdig nannte. . . . Sie war die kinderlose Witwe eines armen, altadligen Offiziers und war bereits zu Lebzeiten der Gräfin Wöldrern als Giselas Erzieherin im Hause des Ministers tätig gewesen.

Nun sah sie da im eleganten, dunklen Seidenkleid und erzählte Episoden aus dem Leben und Treiben der großen Welt, und von dem jungen Geschöpf, das sich weich und hingebend an die stattliche Frau schmiegte, war das starre Gepräge der „tiefen, wortlosen Trauer“ spurlos weggewischt. Die junge Dame war der Wirklichkeit, dem engen Stübchen so gut entrückt, wie das denkende Kind am Fenster.

Da kamen rasche Schritte über den Vorlaal, und die Pfarrerin trat in das Zimmer. In der Linken trug sie ein brennendes Licht und auf dem rechten Arme ihren in ein dickes, wollenes Tuch gewickelten jüngsten Knaben. Sie bot einen freundlichen guten Abend und stellte das Licht auf das Klavier, da beide Damen die Hand über die geblendeten Augen hielten.

„Heute geht's scharf her in der alten Pfarre, nicht wahr, Fräulein Jutta?“ meinte sie lächelnd. „Nun, morgen sollen Sie dafür einen recht stillen Feiertag, ein ruhiges, leeres Haus haben. Mein Mann hält die Ferialpredigt in Greinsfeldt, und meine kleine, wilde Gesellschaft draunten geht auch mit hinüber — die alte Muhme Röder hat sie zum Kaffee eingeladen. . . . Fräulein Jutta, ich möchte Ihnen gern für eine halbe Stunde mein Herzblättchen dalassen — Rosamunde scheuert noch drauf und drein und wird gern brummig, wenn man sie von der Arbeit abrückt und mit den Kindern ist heute absolut nichts anzufangen. Mir aber wären heute zehn Hände nicht zu viel — die Kinder horchen schon auf

die Klingel, und es liegt noch nicht ein einziges Stück auf dem Weihnachtstisch.“

Sie wickelte den Knaben aus dem Tuch und legte ihn auf den Schoß der jungen Dame. „So, da haben Sie ihn!“ sagte sie und strich mit der großen, kräftigen Hand glättend über die weißen Flaumhaare des Köpfcchens, die sich unter dem Tuch zu lauter Locken gekrümmt hatten. „Er kommt eben aus dem Bade und ist so weich und frisch wie ein Nusskernchen. Viel belästigt wird er Sie nicht — es ist mein artiges Kind.“

Als die Tür hinter ihr in das Schloß gefallen war, sah Frau von Herbed einen Augenblick wie sprachlos vor Ersäunen in Juttas Gesicht, dann brach sie in ein helles, süßliches Lachen aus.

„Nun, das muß ich sagen, das ist eine Naivität, die ihresgleichen sucht!“ rief sie und sah die Hände zusammengeklappt, an das schwellende Polster der Eckstube zurück. „Himmel, was Sie für ein klassisches Gesicht machen, Herzchen! Und wie gottvoll Sie sich antun als Rundermuhme! Ich könnte mich totlachen!“

Jutta hatte noch nie ein Kind auf dem Schoße gehabt. Als die Zwistigkeiten zwischen ihren Eltern ausbrachen, war sie — kaum zwei Jahre alt — einer in Einigkeit lebenden Geheimratswitwe übergeben worden; sie sollte nicht durch die schrecklichen Verhältnisse im elterlichen Hause berührt werden.

Ubrigens mußte dieser jungen Mädchen die Zeit verfliegen sein, der das echte Weib unwiderstehlich zu der Runderwelt hinzieht und daselbst sofort, ohne irgendwelche Anleihe, zur Pflaegerin geschickt macht, denn sie sah, den Oberkörper ängstlich zurückgebogen und die Arme steif an den Seiten niederhaltend, mit einer Art von Entsetzen auf den kleinen, ausgedrungenen Schilbling nieder; aber sie war auch innerlich erbittert über die Zumutung, die ihr gemacht worden war — sie runzelte finstler die Brauen, und die feinen, bläulich-weißen Zähne gruben sich tief in die Unterlippe.

Währenddessen hatte Frischens lustig und unbekümmert seinen Zwieback bearbeitet. Das kaum dreivierteljährige Kind war in der Tat frisch und weich wie ein Nusskern. Es fiel ihm plötzlich ein, daß er von allem, was ihm gut schmeckte, an Mama, Rosamunde und die Geschwister abgeben mußte, und infolgedessen nahm er unter treuherzigem Vallen den Zwieback vom Munde und stieß ihn mit den ungeschickten Händchen heftig gegen Juttas Rippen — das junge Mädchen fuhr leise aufschreckend zurück, und die Rote des Erschreckens flammte über ihr Gesicht; die kleine Gräfin aber lachte laut auf — der Moment erschien ihr urkomisch.

„Aber, Gisela, mein Kind, wie magst du da nur lachen?“ schalt die Frau von Herbed sanft. „Siehst du denn nicht, daß das arme Fräulein von Zweifeln an der Tode erschrocken ist über die Rubrikallheit des kleinen Bengels? . . . Uebrigens lege ich gar nicht ein, weshalb wir uns das gemüthliche Plauderstündchen verderben lassen sollen!“ fuhr sie ärgerlich fort. „Ich werde der Sache gleich ein Ende machen!“

Sie stand auf, nahm den kleinen Missetäter von Juttas Schoß und setzte ihn auf die Dielen; in demselben Augenblick lauter aber auch Gisela neben dem Kinde und legte die kleinen mageren Arme um seine Schultern. Der Ausdruck war wie wegnemmt von ihrem schmalen Gesichtchen. „Es war gut gemeint von ihm.“ sagte sie, zwischen Trost und Bedauern schwankend.

„Jul, mein Kind — ich bitte dich, rühre den schmutzigen Jungen nicht an!“ rief Frau von Herbed, die Bemerkung des Kindes überhörend.

Die kleine Gräfin antwortete nicht, aber der Blick, mit dem sie zu ihrer Gouvernante aufsaß, funkelte in Horn und Widersetzlichkeit. Diesem Kinde gegenüber hatte die Dame offenbar einen sehr schweren Stand; allein sie mußte sich zu heilen.

„Wie — eigensinnig will mein Liebste sein?“ fragte sie schalkhaft ärtlich. „Nun, meinnetwegen, bleibe du sitzen, wenn es dir Freude macht! . . . Was aber wohl Papa sagen würde, oder die Großmama! . . . In diesem Augenblick betrübte sie sich gewiß recht sehr, denn was du tust, schick dich ja nicht für dich!“

„Es schick dich nicht für dich!“ das war die Rauberformel, mittels der diese Rundersee regiert wurde. Nicht daß das aristokratische Element so übermächtig in ihr ausgebildet gewesen wäre, aber „es schick dich nicht für dich!“ hatte ja „die Liebe, ichene Großmama“ so oft gesagt, sie war und blieb der Inbegriff der Erhabenheit und Unerschbarkeit für die kleine, verwaiste Enkelin.

Frischens sah sich plötzlich einsam und verlassen. Er warf seinen Zwieback hin, steckte die Arme empor und wachte angenommen sein; allein Jutta wandte sich ab und Frau von Herbed machte ihm ein bitterböses Gesicht und drohte ihm mit dem Finger. Der arme, kleine Schelm strarrte sie lange erschrocken und unverwandt an — seine großen, blauen Augen füllten sich allmählich mit Tränen, während ein Kammerzug die Mundwinkel herablenkte — endlich brach er in ein bitterliches Weinen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Jederzeit werden Bestellungen auf den „Rhein- und Bahn-Anzeiger“ bei den Boten und den Briefträgern entgegen genommen.

Ausschreiben.

Am Dienstgebäude der Gasanstalt sind Anstreicherarbeiten zu vergeben. Bedingungen können im Rathause eingesehen werden. Angebote bis zum 12. November erbeten.

Rastätten, den 7. November 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Am 15. November ds. Js. findet hier im „Hotel Guntrum“ von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr eine Beratungsstunde für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene statt.

Rastätten, den 8. November 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Der auf Mittwoch, den 16. November ds. Js., festgesetzte Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.

Rastätten, den 8. November 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, Daß man vom Liebsten was man hat, Muß scheiden!

Statt besonderer Anzeige.

Tieferschüttert machen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden die überaus schmerzliche Mitteilung, dass heute Nacht 12 Uhr meine liebe Frau, die Mutter meines kleinen Kindes, unsere liebe gute Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Anna Schade

geb. Wollschläger

im 28. Lebensjahre ihrer erst vor einem halben Jahre verstorbenen Mutter in den Tod gefolgt ist.

Paul Schade und Kind
Familie Wilhelm Wollschläger
Familie K. Friedrich Schade.

Nastätten, den 9. November 1921.

Die Beerdigung findet Samstag Nachmittag 2 Uhr statt.

Pfarrgrundstück.

Die am 4. ds. Mts. erfolgte Versteigerung des Pfarrgrundstückes an der Straße nach Niehlen ist nicht genehmigt worden. Eine nochmalige Versteigerung wird Montag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ stattfinden. Der Kirchenvorstand.

Rudolf Auer

Hanni Auer

geb. Schnell

vermählt

a. St. Hamburg

Dorpat

den 3. November 1921.

3 Einlegeschweine

zirka 70 Pfund schwer und

4 Läufer

zu verkaufen bei

Georg Wehnert,

Dolzhausen a. d. Gathe.

Die Postgelder für die höchsten Farbewerke sind baldigst zu entrichten. Wilhelm Mich.

Gummischwämme

Kinderschwämme

empfiehlt

Apotheke in Nastätten.



Moderne Lichtspiele in der Turnhalle zu Nastätten

Voranzeige!

Sonntag, den 13. November 1921:

Der neue grosse Gloriafilm der „UFA“-Berlin

Die Verschwörung zu Genua

Hauptrolle: „Hans Mierendorff“ : 6 Akte

Ein Film mit fabelhafter Aufmachung, spannender Handlung und grosser Ausstattung

der sicher Beifall erzielen wird.

Lustiges Beiprogramm!

Beachten Sie die Reklame am „Hotel Krone“

Intelligentes Fräulein,

nicht unter 20 Jahren, findet sofort gegen gutes Entgelt Stellung als

Verkäuferin

und Aushilfe für Büroarbeiten. Familienanschluss. Angebote erbeten an

Müllersche Buchdruckerei, Gaub am Rhein.

Näheres zu erfragen auch in der Geschäftsstelle dieses Blattes.